
15018/J XXIV. GP

Eingelangt am 07.06.2013

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Kitzmüller
und weiterer Abgeordneter

an den Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend

betreffend Umsetzung des SP/VP-Regierungsprogrammes für die XXIV.
Gesetzgebungsperiode im Bereich der Familien- und Jugendpolitik

Das SP/VP-Regierungsprogramm 2008 - 2013 für die XXIV. Gesetzgebungsperiode trägt den Titel „GEMEINSAM FÜR ÖSTERREICH“. Die beiden Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP wollten *in der Bundesregierung und den beiden Klubs im Parlament zusammenarbeiten, um Österreich in den nächsten fünf Jahren weiter nach vorne zu bringen.*

Die fünf Jahre der XXIV. GP sind nunmehr fast um, die nächste Nationalratswahl wird am 29. September 2013 stattfinden. Das Regierungsprogramm wurde in einigen Punkten erfüllt, noch mehr Punkte sind aber nur ansatzweise bzw. überhaupt nicht umgesetzt worden. In manchen Bereichen ergeben sich mehr Fragen als Antworten.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend folgende

Anfrage

1. Weshalb ist es nicht zu der im Regierungsprogramm angekündigten Einführung österreichweit einheitlicher Jugendschutzbestimmungen gekommen?
2. Haben Verhandlungen mit den Bundesländern stattgefunden?
3. Wenn ja, mit welchen Ergebnissen?
4. Weshalb kam es nicht zu der im Regierungsprogramm angekündigten Neuordnung der Finanzierung des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF)?
5. Wurde dazu Verhandlungen geführt?
6. Wenn ja, mit welchen Ergebnissen?

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.